

Claus-Ulrich Pröbß (Geschäftsführer Kölner Flüchtlingsrat e.V.)

Grußwort zum Landesparteitag der Linken NRW am 10.12.2023 in Essen

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Freundinnen und Freunde,

herzlichen Dank für die Einladung! Man wird nicht mehr so häufig auf Parteitage eingeladen.

Diese Zeiten sind schlechte Zeiten für die Rechte und den Schutz von Flüchtlingen. Diese Zeiten sind auch schlechte Zeiten für unser demokratisches Gemeinwesen, für die universelle Geltung der Menschenrechte und für das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.

Rechte, autoritäre, vor allem aber rassistisch geprägte Regierungen und Demokratien in der EU bestimmen mittlerweile den Kurs in der Migrationspolitik. Dass es so weit gekommen ist, ist eine Schande für Europa!

Die Beschlüsse des Rates der EU vom Juni zur Neuordnung des Asylsystems dienen der radikalen Aushebelung des internationalen Flüchtlingsschutzsystems – und sie dienen dazu, die bereits jetzt schon vollzogenen Rechtsbrüche einzelner EU-Staaten zu legalisieren.

Unter der Überschrift „Bekämpfung der irregulären Migration“ sollen fundamentale Rechte von Flüchtlingen und Instrumente des internationalen Flüchtlingsschutzes, wie die Genfer Flüchtlingskonvention, das Recht von Schutzsuchenden auf die Beantragung von Asyl, die rechtsstaatliche Prüfung ihres Asylantrages, das Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter sowie Kinderrechte, die sich aus der UN-Kinderrechtskonvention ergeben, gebrochen, entstellt und ausgemerzt werden.

Was wir derzeit unter der heuchlerischen Überschrift „Bekämpfung der irregulären Migration“ erleben, ist in Wahrheit Ausdruck eines politischen Rechtsrucks und ein würdeloses Ausspielen unterschiedlicher Gruppen von geflüchteten Menschen. „Irregulär“ ist die Migration von Flüchtlingen ja nur deswegen, weil die Staaten sich verweigern, legale Fluchtwege zu schaffen! Und dass sie keine schaffen und dass in der Folge so viele Menschen im Mittelmeer sterben, das ist politisches Kalkül, das ist politisch gewollt und das ist verdammt noch mal erbärmlich!

Und auch deswegen – um Menschenrechte in Europa durchzusetzen - brauchen wir eine starke Linke im Europäischen Parlament!

Und auch in Deutschland wird das Flüchtlingsrecht weiter verschärft. Weitere Länder werden zu „sicheren Herkunftsstaaten“ gemacht, wohl wissend, dass sie nicht für alle Bevölkerungsteile „sicher“ sind. Bereits am 10.05.2023 saßen Kanzler und Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unter der Überschrift: „Gemeinsame Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern“ zusammen und beschlossen eine erste Giftliste von Maßnahmen der Flüchtlingsabwehr. Nur das Land Thüringen –

Claus-Ulrich Pröbß (Geschäftsführer Kölner Flüchtlingsrat e.V.)

Grußwort zum Landesparteitag der Linken NRW am 10.12.2023 in Essen

Es gilt das gesprochene Wort.

und nicht etwa NRW - hat damals in einer Protokollnotiz den im Ampelvertrag angekündigten Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik angemahnt.

Vor ca. einem Monat, am 06.11.2023, saßen sie erneut zusammen. Ihre Beschlüsse tragen den irreführenden Titel „Humanität und Ordnung“, dabei ist dort von „Humanität“ gar nichts zu lesen. Im Gegenteil: Falls möglich Durchführung des Asylverfahrens außerhalb der EU, Abschluss weiterer Migrationsabkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals, Verschärfung der Grenzkontrollen, beschleunigtes Asylverfahren mit „kurzem Prozess“, beschleunigte Abschiebungen und Ausweitung der Abschiebungshaft, die Einführung einer sog. Bezahlkarte für Geflüchtete und die Ausweitung der sowieso geringen Grundleistungen nach dem AsylbLG von 18 Monaten auf drei Jahre, inklusive der eklatant eingeschränkten Krankenhilfe. Hierzu haben die Länder Thüringen und Bremen immerhin folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: Wir „halten den späteren Anspruch auf Analogleistungen soweit dies Kinder betrifft für integrationspolitisch kontraproduktiv und unter Kindeswohlgesichtspunkten für bedenklich.“

Thüringen, Bremen und auch Niedersachsen haben dann auch noch eine weitere Protokollerklärung abgegeben und zwar zum „Ruanda-Vorschlag“, also zur Auslagerung der Asylverfahren außerhalb der EU. Sie sagen – klipp und klar und nicht zuletzt rechtskonform -, dass ein Asylverfahren außerhalb der EU nur dann in Frage kommt, wenn sich die Schutzsuchenden in das betreffende Land freiwillig begeben haben.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ähnliche Protokollnotizen des Landes NRW fehlen! Hier in diesem Land fehlt sowieso Einiges!

Weder in der NRW-Landesregierung noch im Landesparlament werden derzeit die Rechte und die Interessen geflüchteter Menschen vertreten – ukrainische Staatsangehörige mal ausgenommen. Selbst der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün wird an vielen fluchtpolitischen Stellen nicht umgesetzt – trotz grünem Fluchtministerium.

Das Landesförderprogramm „Soziale Beratung von Geflüchteten“ geht langsam vor die Hunde. Es herrschen chaotische, unhaltbare und unregelmäßige Zustände in vielen Landesunterkünften. Über 7.000 Asylsuchende in den Landesnotunterkünften erhalten keine unabhängige Asylverfahrensberatung und keine Psychosoziale Erstberatung. Während vor allem vulnerable Personen darunter besonders leiden, hat die Landesregierung keinen „Plan B“ für eine zumindest mittelfristige menschenwürdige Unterbringung. Dabei liegen konkrete Vorschläge dazu – und übrigens auch Vorschläge, wie man Kommunen unterstützen muss - längst auf dem Tisch.

Das ist vergeudete Zeit und ein riesiger Mangel und deshalb muss die Linke auch wieder rein ins Landes-Parlament!

Claus-Ulrich Pröbß (Geschäftsführer Kölner Flüchtlingsrat e.V.)

Grußwort zum Landesparteitag der Linken NRW am 10.12.2023 in Essen

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir brauchen eine starke Linke in den Parlamenten und auch im Bundestag, gerade jetzt, wo sich die Bundesgrünen auf ihrem Parteitag auch formal aus der Solidaritätsbewegung für Geflüchtete verabschiedet haben. Dass die Linke gerade jetzt ihren Fraktionsstatus verliert, ist – gelinde gesagt -, historisch ein sehr unglücklicher Moment. Aber: Wer verliert, kann auch wieder gewinnen. Also Kopf hoch – und Weitermachen. Besser machen!

Dieses Jahr werden ca. 300.000 Menschen einen Asylerstantrag in Deutschland stellen. Das ist verkraftbar. Im Jahr 2016 waren es 722.000 Erstanträge.

Natürlich kommen noch die ca. 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine hinzu. Aber: Wenn man eine Massenzustromrichtlinie aktiviert – und das war ja politisch richtig -, muss man sich auch darauf einstellen, dass dann auch tatsächlich sehr viele Menschen kommen. Und wenn man sich nicht darauf einstellen kann, dann ist es doch vollkommen absurd und es ist obszön und rechtspopulistisch zu behaupten, andere Flüchtlingsgruppen seien daran schuld und man müsse deshalb deren Anzahl verringern.

Die Welt ist voll von Krisen und Kriegen. Das beängstigt und verunsichert. Das Geld ist weniger Wert, die Preise sind hoch und die Armut nimmt auch hierzulande dramatisch zu. Jetzt ist „Migration“ wieder in aller Munde. „Migration“ soll die Schuld für fast alles haben. Schauen wir uns aber mal um: Geht es im Kern wirklich um „Migration“? Oder geht es, davon unabhängig, um sowieso überlastete und kaputtgesparte Infrastrukturen und um die Folgen einer verfehlten Sozial- und Bildungspolitik? Die Menschen brauchen kein Feindbild, sie brauchen bezahlbare Wohnungen. Und die Kinder brauchen Kitas und Schulen, in denen sie gut lernen können und sich wohlfühlen. Und die Erwachsenen brauchen eine gute Ausbildung und eine Arbeit, von der sie auch leben können.

Migration gibt es, seit es Menschen gibt. Migration ist der Normalfall. Flucht allerdings ist ein Notfall.

Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien rücken nicht nur verbal nach rechts. Rechts erscheint als Neue Mitte. Koordinatensysteme der Solidarität und Toleranz verschieben sich. Wer wie Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl fordert, bekämpft nicht Rechtsextremismus, sondern hechelt der AfD und ihrem autoritären Nationalradikalismus nur hinterher. Es ist aber ein brandgefährlicher Irrtum anzunehmen, dass Rechtsextremismus und rassistisches Gedankengut mit Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr bekämpft werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall. Die bisherigen Antworten und Beschlüsse der Politik lösen fast kein Problem, aber sie erzeugen und reproduzieren Stimmungen, die sich in Stimmen für AfD & Co. auszahlen.

Claus-Ulrich Pröbß (Geschäftsführer Kölner Flüchtlingsrat e.V.)

Grußwort zum Landesparteitag der Linken NRW am 10.12.2023 in Essen

Es gilt das gesprochene Wort.

Um eine solche Entwicklung zu stoppen, brauchen wir politische Mehrheiten, wir brauchen mehr öffentlichen Druck von sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Gruppen. Ja, und wir brauchen gerade auch die Gewerkschaften.

Wir müssen Fluchtursachen und das Asylrecht besser erklären, um Bedrohungsängsten zu begegnen – übrigens gerade auch auf digitalen Plattformen -, wir müssen an Deutschland als Einwanderungsland anknüpfen, Integration und Zusammenleben in den Kommunen verwirklichen, Fremdheit überwinden und Solidarität leben.

Es geht längst nicht mehr nur um das Thema „Flucht“, es geht um Verfassungsschutz, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und um die Zurückgewinnung von Vertrauen und es geht um den Ausbau von sozialen und politischen Menschenrechten.

Ich wünsche Euch Geschlossenheit, klare Haltungen und weiterhin kluge Entscheidungen!

Vielen Dank!